



„SEENOTRETTER“ IMMER SCHAMLOSER UND ZYNISCHER

Sea-Watch simuliert „Flucht“ im Wellenbad

Von LUP0 | Die privaten „Seenotretter“ von Sea-Watch haben 40 Freiwillige auf ein Gummiboot verfrachtet, in einem Wellenbad mit Kunstblitz, Theaterdonner und Nebelmaschine tüchtig durchschaukeln lassen und dabei gefilmt. Simuliert werden sollte eine „Flucht“ über das Mittelmeer. Das Ganze nennt sich [„Experiment Lifeboat“](#) und hat u.a. den Zweck, frisches Geld in die Spendenkassen zu spülen.

Wie tief wollen deutsche private „Seenotretter“ in der öffentlichen Meinung noch sinken, wenn sie immer hemmungsloser makabre Propagandashows abziehen, bei denen die Grenzen des Anstands längst verlassen wurden. So [erfand die Sea-Eye einen Sturm](#), um sich Zugang zu einem italienischen Hafen zu erzwingen – die Mission Lifeline [versuchte es mit Parshipping](#), einer missglückten Scheinehen-Kuppelerei-Aktion mit sogenannten Flüchtlingen.

Die nachgestellte „Flucht“ von Sea-Watch in einem maritimen Übungsbecken für Windkraftanlagen-Techniker in Niebüll/Schleswig-Holstein treibt nun den Zynismus auf die Spitze. Die Verantwortlichen kokettieren schamlos mit der Notlage von Menschen, für deren Schicksal sie sich selbst

verantwortlich fühlen müssten. Denn der Pull-Faktor für Migranten durch „Seenotretter“ liegt offen zutage. Das heißt: Weniger NGOs, weniger Tote. Die Zahl der im zentralen Mittelmeer ertrunkenen oder vermissten Personen ging laut Flüchtlingshilfswerk UNHCR nachweislich [von 3.139 in 2017 auf 2.275 in 2018](#) zurück, nachdem Italien und Malta die Aktivitäten unterbunden hatten.

Das ist vergleichender Fakt, der im Sea-Watch-Film natürlich unterschlagen wird. In der begleitenden Werbung zum Neun-Minuten-Streifen, der in Kinos gezeigt werden soll, wird sogar von einer [Vervierfachung der Todeszahlen](#) fabuliert. Ein klarer Fall von Fake-News.

Auch sonst wird in „Lifeboat“ ziemlich verallgemeinert. Den Teilnehmern des „Experimentes“ werden die Augen verbunden, Interview-Einspielungen von „echten“ Flüchtlingen sprechen davon, unter Vorhaltung von Kalaschnikows auf die Gummiboote gezwungen („geworfen“) worden zu sein. Es gibt ausschließlich Nachtszenen mit Blitzen, Donner und Nebel. So wird vorgegaukelt, bei den Boots-„Flüchtlingen“ im Mittelmeer handele es sich ausschließlich um Personen, die gegen ihren Willen von Kriminellen nächtens sehblind auf einen mehrere Tage langen Trip gezwungen werden und in Booten ohne Motor und Richtung im Meer dahintreiben, bis sie vielleicht von einer mildtätigen NGO aus Deutschland „gerettet“ werden.

Völlig unterschlagen wird, dass sich nur ein zahlungskräftiges Klientel die mehrere tausend Euro teure „Flucht“ erlauben kann, die das kalkulierte Risiko eingeht, weil hinter dem Horizont die NGO-Schiffe schon für den Shuttle nach Europa warten. Auch wird nicht erwähnt, dass manche Boote mit Satelliten-Telefonen ausgerüstet sind, mit dem sie die Retter und ihre Helfershelfer außerhalb der 24-Meilen-Zone in internationalen Gewässern zur Hilfe rufen können.



Mit verbundenen Augen sitzen die Sea Life-Komparsen lachend in einem LKW.

Den Sinn ihrer Aktion [erklärt Sea-Watch so](#): Ziel der Kampagne sei, dass die Menschen sich über das Video auch besser mit den Insassen der echten Flüchtlingsboote identifizieren können, sagt Ruben Neugebauer. Über die Kosten schweigt sich die NGO aus. Spendengelder sollen angeblich nicht verwendet worden sein.

In den Medien klingt vorsichtige Kritik am Sea-Watch-Experiment an. Die Bild fragt: [WAS SOLL DAS?](#) Während man den Machern des zynischen Propaganda-Streifens professionelle Demagogie unterstellen kann, mag man den Teilnehmern des „Experimentes“ allenfalls mildernde Umstände zubilligen.

Ist es grenzenlose Empathie, missionarischer Eifer, jugendlich- überbordendes Engagement oder nur krankhafter Exhibitionismus, der manchen der allesamt weißen Protagonisten veranlasst hat, sich für Lifeboat zur Verfügung zu stellen? Eine 68-Jährige namens Ingrid ist jedenfalls überzeugt davon, dass ihr die fünf Stunden im Wellenbad zu höherer Einsicht verholfen hat...



In Deutschland verschwiegen: Wenn das Dauer-Opfer Täter ist

Von CHEVROLET | Extrem selten sind sie, aber sie kommen vor: Übergriffe von Wachpersonal auf Asylforderer in Heimen. Keine Frage, das darf nicht sein. Doch werden diese Einzelfälle medial und von den linksgestrickten Politikern nur zu gerne zu „rechtsextremistischen Vorfällen“ aufgebauscht. Was solchen Vorfällen vorausging, interessiert nicht, ob vielleicht der Asylforderer betrunken, mit Drogen zugehörnt war oder das Heim halb zerstörte – solche „Details“ interessieren nicht.

Was ist aber mit Übergriffen in umgekehrter Richtung? Gibt's nicht in Deutschland. Sie werden zumindest nicht berichtet, denn die armen „Geflüchteten“ könnten in schlechtem Licht da stehen.

Schauen wir also mal nach Österreich. Dort nimmt man es mit der Wahrheit deutlich genauer als hierzulande. Rund zwei Dutzend Straftaten sind im Vorjahr gegenüber Betreuern von österreichischen Asyleinrichtungen zur Anzeige gebracht worden. Neben Nötigung soll es in mehreren Fällen auch zu tätlichen Angriffen auf Mitarbeiter gekommen sein, aber auch verbale Drohungen waren offenbar keine Seltenheit – etwa dem Betreuerteam den „Kopf abzuschneiden“, es zu „vergasen“ oder

aber auch den „Hals aufzuschlitzen“. Das [berichtet aktuell die Kronen-Zeitung](#) aus Wien.

Insgesamt 15 mal sollen im Vorjahr gefährliche Drohungen gegen Mitarbeiter von Asyleinrichtungen in ganz Österreich ausgestoßen worden sein, wie aus einer parlamentarischen Anfrage des grünen Bundesrates David Stögmüller an Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) hervorgeht.

Großteils sollen die Betreuer dabei mit dem Tode bedroht worden sein, etwa in Maria Enzersdorf in Niederösterreich unter Zuhilfenahme einer Eisenstange, um so die Verlegung in eine andere Betreuungseinrichtung zu erreichen. In einem weiteren Fall in einer Einrichtung in Salzburg drohte ein Asylbewerber laut Anfragebeantwortung mit Gewalt, um Lebensmittel zu erhalten, während in Bergheim ein fehlender Internetzugang zwei Flüchtlinge derart in Rage brachte, dass sie ihrem Betreuer mit dem Umbringen drohten, heißt es.

Auch ein Asylbewerber, dem eine Unterbringung in eine Asyleinrichtung in Wien-Alsergrund verwehrt wurde, soll wilde Drohungen gegen einen Mitarbeiter ausgestoßen haben. Die Androhungen gegen die Angestellten reichten dabei von „Vergasen“ über das „Kopfab schneiden“ und das „Halsaufschlitzen“ hin zu Vergewaltigung mit anschließender Tötung, heißt es weiter.

In vier Fällen soll es laut Anfragebeantwortung in österreichischen Betreuungseinrichtungen zudem weit über die verbale Grenze hinausgegangen sein – so seien Betreuer oder Securitymitarbeiter etwa mit der Faust gegen die Brust oder ins Gesicht geschlagen, ein weiterer sei im Zuge einer Rauferei mit einem Asylbewerber verletzt worden, heißt es in dem Bericht.

In einem weiteren Fall soll Ende des Vorjahres eine Betreuerin einer oberösterreichischen Einrichtung am Wegfahren gehindert worden sein, indem neun Asylbewerber hinter dem Fahrzeug ein

Feuer entzündeten, heißt es in dem Bericht. Darin zu finden ist auch der Fall einer Leiterin eines Frauenhauses in der Tiroler Landeshauptstadt, die laut den Angaben ein gleich mehrere Monate lang andauerndes Martyrium durchstehen musste: So soll sie über soziale Netzwerke acht Monate lang von einem „bereits im Jahr 2017 wegen beharrlicher Verfolgung verurteilten Asylbewerber“ „belästigt“ worden sein.

Auch Einrichtungen selbst sollen mehrfach Ziele von Angriffen geworden und beschädigt worden sein – vorwiegend gingen dabei Fenster zu Bruch, in einem Fall soll ein Gebäude mit „pyrotechnischen Gegenständen“ beworfen worden sein. Ob die Aktionen für die betreffenden Täter Folgen hatten, wird in dem Bericht nicht erwähnt.



Der „Causa-Kurdi-Effekt“ : Erpressung lohnt sich

Von LUP0 | Den meisten Beobachtern der unerträglichen Propaganda-Show der Alan Kurdi vor Malta war es wohl von Beginn an klar oder sie ahnten es zumindest: am Ende lässt sich die deutsche Regierung erneut erpressen, übernimmt wieder einmal die Hauptzeche der Schein-Seenotfälle im zentralen Mittelmeer und lässt kaltblütig den deutschen Steuerzahler dafür bluten.

Ein neuerlicher Kniefall und Offenbarungseid. Obwohl bezahlbarer Wohnraum für Einheimische längst Mangelware ist und sogar Enteignungen drohen, werden immer noch mehr konkurrierende Migranten ins Land gelotst, die kostenlose Wohnungen und Sozialleistungen beanspruchen. Die „Causa Kurdi“ ist zum Symbol für Staatsversagen und Kapitulation vor humanitärer Erpressung geworden. Wahre Hilfe bedeutet manchmal Härte, wie die [Neue Zürcher zur Zuwanderungsdebatte](#) schreibt. Doch davor scheut die Regierung zurück.

Die „Causa Kurdi“ führte in den Leserforen des Mainstreams und in den sozialen Netzwerken zu einem Sturm der Entrüstung, vor allem, weil sich Erpressung offensichtlich lohnt. [Welt-Online sah sich zeitweise genötigt](#), „wegen des hohen Aufkommens unsachlicher und beleidigender Beiträge“ keine Kommentare mehr zuzulassen. Das sagt viel über die Stimmung im Lande.

Hat ein Herz aus Stein, wer absolut kein Verständnis für das Geschäftsmodell von Sea-Eye & Co. aufbringt und dessen Empathie für die Männer in Gummibooten schwindet? Leidet an Nächstenliebe-Allergie, wer nicht seine Kirchensteuer zwischen Mallorca und Tripolis versenkt sehen will, wie es der Kardinal aus München mit Inbrunst tut, anstatt mit diesem Geld den in See(len)not – weil missbrauchten – Kindern in seiner Kirche wirksam zu helfen?

Der wahre Samariter zahlt selbst

Keineswegs, wie ein Blick in die Bibel zeigt: Der Barmherzige Samariter bürdet seinen Hilfekodex nicht der Allgemeinheit auf, sondern bezahlt Behandlung und Folgekosten seines Klienten aus eigener Tasche. Was Sea-Eye und ihr Klientel Hand in Hand dagegen praktizieren, ist ein verderbtes Geschäftsmodell im Gemenge von Schleusern, Schleppern und einem ebenso zahlungskräftigen wie risikobereiten Klientel. Sea-Eye leugnet eine Zusammenarbeit mit den libyschen Schleusern. Die Kurdi erhielt aber die Positionsdaten von Alarmphone, einer NGO für Alarmrufe im Mittelmeer. Die

Alarmrufe kommen von Satelliten-Telefonen, mit denen Schleuser mitunter die Gummiboot-Besatzungen ausstatten. Daraus ergibt sich durchaus die Kausalkette eines indirekten Joint ventures.

Zur Steigerung des Absurden gehört, dass sich Deutschland von einer NGO vorführen lässt, dessen Schiff sie das Flaggenzertifikat verliehen hat und das gleichzeitig massiv und wissentlich gegen Vorschriften der Bundesflagge verstößt: Es nimmt bedeutend mehr Personen an Bord als zulässig sind. Der Kapitän selbst erklärt das Rettungsschiff für den Transport von Personen für ungeeignet. Überladung und Flaggenverstoß ereilten die Kurdi aber nicht zufällig, sondern wurden „gesucht und gefunden“, also bewusst herbeigeführt. Man darf gespannt sein, wann die Verstöße rechtlich verfolgt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wahrscheinlich heiligt der „gute“ Zweck die Mittel.

Bärchenwerfen verpflichtet

Den Strom der Zuwanderer samt tragischer aber impliziter Kollateralschäden zu stoppen gelingt nur, wenn der Pullfaktor unterbrochen wird. Weniger NGO-Aktivitäten bedeuten weniger Tote durch Ertrinken. Das belegen die Vergleichszahlen 2016 bis 2018. 211 Bundestagsabgeordnete stört das nicht. Sie unterzeichneten am Wochenende den sogenannten [„Osterappell“](#), der die Einführung eines zivilen europäischen Seenotrettungsdienstes im Mittelmeer und damit eine Perpetuierung der Erpressungsgeschichten fordert. Keine Unterschriften kamen von AfD und CSU.

Malta und Italien zeigen Härte aus der erlebten Not heraus. Sie sperren ihre Häfen und leisten nur noch humanitäre Transfershilfe. Weitergedacht heißt das: Wer Flucht fördert, sollte zur persönlichen Aufnahme bereit sein. Das wird ein frommer Wunsch bleiben, aber diesem Prinzip haben die europäischen Bärchenwerfer nichts entgegenzusetzen. Allen voran die Unterzeichner des „Osterappells“ mit Claudia Roth an der Spitze, der Vatikan, die Kirchen, die seenotaffinen

Oberbürgermeister deutscher Städte. Sie predigen den humanitären Imperativ, machen sich aber einen schlanken Fuß, wenn es ans Bezahlen geht. Insofern hat sich Merkel 2015 nur von den Bahnhöfen ins ferne Mittelmeer verlagert.

Die Wähler haben es in der Hand

Die Entscheidung der deutschen Regierung, 22 Migranten aufzunehmen (20 nimmt Frankreich, den Rest Portugal und Luxemburg), besitzt hohe Sprengkraft. Was nicht verwunderlich ist, denn insbesondere die Regierungsparteien zittern vor der Europawahl. Die Unfähigkeit, in der Zuwanderungsfrage eine gemeinsame europäische Linie zu fahren, manifestiert sich in der „Causa Kurdi“. Das erneute Einknicken der deutschen Regierung ist geeignet, das Fass zum Überlaufen zu bringen und wird den Altparteien Stimmen kosten.

Die NGOs nutzen die Wahlen als Druckmittel, die private „Seenotrettung“ im Mittelmeer politisch zu legitimieren, dauerhaft zu etablieren und so ihr Geschäftsmodell zu erhalten und auszubauen. Die Zuwanderung aus Afrika nach Europa soll möglichst staatlich bezuschusster Standard werden. Hierzu ist ihnen im Moment wohl jedes Propagandamittel recht, denn Aufmerksamkeit generiert Spendenaufkommen.

Die Wähler haben es in der Hand: wenn sie den „Seenotrettungs“-Spuk auf Kosten der Deutschen beenden wollen, haben sie bereits am 26. Mai an den EU-Wahlurnen die Chance dazu. Denn die Erpressung mit der Moralkeule muss ein Ende haben.



Überraschung: Schlepper „Alan Kurdi“ soll Mallorca anlaufen

Von LUP0 | Palmas Bürgermeister Antoni Noguera will, dass das deutsche „Rettungsschiff“ Alan Kurdi in den Hafen der Balearen-Metropole kommt, um den an Bord befindlichen rund 60 Flüchtlingen humanitäre Hilfe leisten zu können und sie medizinisch zu versorgen. Das meldet aktuell [das Mallorca Magazin](#).

[PI-NEWS hatte bereits](#) zu Beginn des Erpressungs-Spiels der deutschen NGO Sea-Eye vor sechs Tagen prophylaktisch die Frage gestellt, warum der Kurdi-Kapitän Werner Czerwinski (59) nicht gleich nach Übernahme der über 60 Passagiere vor Tripolis (am 3. April) seinen Kurs auf die Basis-Station auf Palma de Mallorca abgesetzt hat. Zwar hätte sich Tripolis in erster Linie angeboten. Relativ schnell erreichbare tunesische Häfen wären ebenfalls in Frage gekommen, um die aufgenommenen Passagiere sicher anlanden zu können. Vor dem Hintergrund, dass Häfen auf Lampedusa, Malta und Sizilien für das Schiff der deutschen „Seenot-Retter“ gesperrt sein würden, bot sich das 700 Seemeilen entfernte Mallorca an. Es hätte in knapp fünf Tagen erreicht sein können.

Kurdi-Kapitän erklärt Rettungsschiff für ungeeignet

Aber die Sea-Eye Einsatzleitung und der Kurdi-Kapitän entschieden sich anders: es sollte wohl eine Provokation mit italienischen Behörden bewusst herbeigeführt und auf die

Spitze getrieben werden. Die Kurdi-Verantwortlichen phantasierten offensichtlich einen Sturm herbei und verhinderten die Betreuung von zwei Kindern und deren Müttern durch maltesische Behörden, weil die männlichen Begleiter nicht mitdurften. In die moralische Erpressung war die Involvierung europäischer Behörden, vor allem des Flaggenstaates Deutschland, eingepreist.

Diese Taktik erscheint vor dem Hintergrund der Einlassungen von Kapitän Werner Czerwinski paradox. Dieser hatte in einem Interview mit der Evangelischen Zeitung ausgeschlossen, dass die Alan Kurdi für einen Personentransport geeignet sei. [Laut der Zeitung](#) sei das Schiff für Personentransport ungeeignet und die Vorschriften der Bundesflagge eindeutig.

Das würde bedeuten, dass der deutsche Kapitän nach Aufnahme der über 60 Personen aus „Seenot-Gründen“ gehalten war, einen erreichbaren und offenen Hafen schnellstmöglich anzulaufen. Das galt für Lampedusa, Malta und Sizilien nicht, da diese für die Kurdi blockiert waren. Stattdessen setzte er offenbar Gesundheit und Wohlergehen von Besatzung und Passagieren einem drohenden Versorgungsengpass und sogar schlechten Wetterverhältnissen aus. Mangels Treibstoff sieht das Sea-Eye-Szenario sogar vor, sich selbst zum Seenotfall zu erklären und SOS zu funken. Es ist wahrscheinlich, dass sich der nach Seerecht verantwortliche Kapitän Czerwinski nach der Mission [rechtlichen Fragen](#) wird stellen müssen.

Nun kommt also die mallorquinische Offerte. Per Brief hat Noguera die Balearen-Ministerpräsidenten Francina Armengol aufgefordert, sich bei der spanischen Zentralregierung für eine Genehmigung des Vorhabens einzusetzen. Das Schiff der deutschen Hilfsorganisation Sea-Eye habe die Flüchtlinge in der Nähe von Malta aufgenommen, sei aber weder dort noch im nahen Italien willkommen, heißt es im Mallorca-Magazin. Fraglich ist allerdings, ob auch die Bevölkerung der spanischen Urlaubsinsel die Kurdi und ihre Passagiere mit offenen Armen aufnehmen werden.

Deutscher Außenminister blamiert

Durch das spanische Angebot gerät auch Heiko Maas unter Druck. Als Außenminister des Kurdi-Flaggenstaates steht er politisch blamiert da. Er wurde von Sea-Eye in das Erpressungs-Spiel involviert und hat es bisher nicht vermocht, eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.



Flensburg: Afghane ermordet vierfache Mutter – Medien vertuschen

Von JOHANNES DANIELS | Was die „Schutzsuchenden“ mit ihrer Lebensfreude zu uns bringen, ist wertvoller als Gold für die Anhänger der Systemparteien: Nach dem grausamen Abschlagen der zweifachen Mutter Jana M. (36) durch [einen „psychisch verwirrten“ Afghanen in Preetz](#) letzten Samstag, ist das Gewaltverbrechen an einer vierfachen Mutter in Flensburg nun bereits der zweite brutale Afghanen-Messermord in Schleswig-Holstein – innerhalb von nur sechs Tagen.

Am Donnerstag gegen 8.30 Uhr erstach ein Flensburger „Mann“ die Mutter seiner vier Kinder in ihrer Wohnung der Heinrichstraße. Das 42-jährige Menschengeschenk stach so schwer auf die 39-jährige Ehefrau ein, dass sie sofort ihren Stichverletzungen erlag. Eine Reanimation am Tatort blieb

erfolglos. Es ist anzunehmen, dass das Schlachten der Ehefrau direkt vor den Augen der Kinder vollzogen wurde – ein in vielen archaischen Kulturen beliebter „Erziehungseffekt“ bereits für die Kleinsten.

Mutter vor den Augen der Kinder abgeschlachtet

Zuvor waren bei der Polizei mehrere Notrufe aus der Nachbarschaft eingegangen. „Ich gehe davon aus, dass [die Kinder zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung](#) in der Wohnung waren“, sagte Oberstaatsanwältin Stephanie Gropp. In Schleswig-Holstein sind derzeit bereits Osterferien und die Kinder deshalb auch nicht im integrativen Schulunterricht. Die Geburten-Dschihad-Sprößlinge im Alter von sechs, zehn, 13 und 16 Jahren sind von der Polizei in die Obhut des Jugendamts und des Steuerzahlers übergeben worden. Der Täter wurde nach Auskunft der Polizei zunächst vorsorglich in Gewahrsam genommen. Am Freitag will die Staatsanwaltschaft Flensburg dann darüber entscheiden, ob sie möglicherweise „einen Haftbefehl beantragt“.

Nach Angaben der Oberstaatsanwältin soll es bereits vor der Tat öfters „Streit“ zwischen den afghanischen Eheleuten gegeben haben. Nach Polizei-Informationen wurde vor der Haustür „ein Fahrrad sichergestellt“, das in Verbindung mit der Tat stehen soll. Die genaue Todesursache der Messertat an der Frau sollen nun Mediziner durch eine Obduktion des Leichnams klären. Beide „Streitbeteiligte“ sollen nach Angaben der Staatsanwaltschaft 2015 von Afghanistan nach Deutschland „geflüchtet“ sein und lebten nach der großzügigen Einladung der Blutraute seit 2016 im schwarz-grün-regierten Schleswig-Holstein.

Aus dem [politisch korrekten Polizeireport](#):

„Am Donnerstagmorgen (11.04.19) ist es möglicherweise zu einer Gewalttat in Flensburg gekommen. Die Polizei wurde gegen 08:25 Uhr in eine Wohnung in die Heinrichstraße gerufen und fand

dort eine leblose Frau vor. Die Umstände vor Ort lassen auf den Verdacht eines Tötungsdeliktes schließen. Der mutmaßliche Tatverdächtige wurde festgenommen.

Die Kriminalpolizei ist vor Ort und hat die Ermittlungen aufgenommen. Weitere Informationen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht veröffentlicht werden.“

Auch die Umvolkungs-Postille „Die WeLT“ berichtet wie gewohnt über einen „[Mann als mutmaßlichen Täter](#)“ – wie immer im Unterhaltungs-Teil „Vermischtes / Panorama“ neben: Kim Kardashian möchte Anwältin werden. Hier die Lückenpresse-Meldung im Wortlaut:

„Vierfache Mutter getötet – Polizei nimmt ihren Mann fest

Eine vierfache Mutter ist in Flensburg am Donnerstagmorgen einem [Gewaltverbrechen](#) zum Opfer gefallen. Ihr 42 Jahre alter Mann soll die 39-Jährige tödlich angegriffen und dabei so schwer verletzt haben, dass sie starb, wie die Polizei mitteilte. Der mutmaßliche [Täter](#) ließ sich noch in der Wohnung widerstandslos festnehmen. Zuvor waren bei der Polizei mehrere Notrufe eingegangen.

Besonders tragisch: Das Ehepaar hat vier Kinder im Alter von sechs, zehn, 13 und 16 Jahren. „Ich gehe davon aus, dass die Kinder zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung in der Wohnung waren“, sagte Oberstaatsanwältin Stephanie Gropp der Nachrichtenagentur dpa.

Sie könne aber nicht sagen, ob die Kinder das Geschehen unmittelbar mitbekommen haben. Die Kinder seien in die Obhut des Jugendamts übergeben worden. Die Tat ereignete sich gegen 8.25 Uhr, in Schleswig-Holstein sind derzeit Osterferien. Nach Angaben der Oberstaatsanwältin soll es bereits vor der Tat Streit zwischen den Eheleuten gegeben haben. Sie konnte noch keine Angaben darüber machen, ob der Mann bereits vernommen wurde und ob er sich zum Geschehen am Donnerstagmorgen äußern wolle. Er befindet sich in Gewahrsam.“

Auch [BILD](#) titelt geheimnisvoll:

„42-jähriger Tatverdächtiger festgenommen – Mutter von vier Kindern tot in Wohnung entdeckt

Nach ersten Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei Flensburg ist es am Donnerstagmorgen gegen 8.25 Uhr zu einem Streit zwischen zwei Eheleuten in der gemeinsamen Wohnung in der Heinrichstraße in Flensburg gekommen. Der 42 Jahre alte Mann soll seine 39-jährige Frau dabei angegriffen und so schwer verletzt haben, dass sie starb“.

Münchs Münchhausen-Syndrom – bereits im fortgeschrittenen Stadium

Erst jüngst machte Holger Münch, immerhin der „Präsident des Deutschen Bundeskriminalamtes“, in einem bemerkenswerten Interview mit der [rotgrün-links-verwirrten Gazette „Die ZEIT“](#) darauf aufmerksam, dass vor allem die Berichterstattung über [den 33-prozentigen Anteil von Mehrfach- und Intensivtätern unter Zuwanderer-Verbrechen](#) „unnötigerweise Ängste schüre“.

In dem fast schon „historisch“ zu bezeichnenden Interview machte der derzeitige BKA-Chef und – ausgerechnet – frühere Bremer Polizeipräsident Münch die Medien mitverantwortlich für die gestiegene Angst in der Bevölkerung:

“Intensive Berichterstattung über Verbrechen, Einzeltaten, über die spektakulär berichtet wird, verzerren die Wahrnehmung von Kriminalität und tragen dazu bei, die Furcht, selbst Opfer eines Verbrechens zu werden, zu steigern.“

“Unsere aktuellen Zahlen aus der Opferbefragung zeigen, dass es unter Frauen eine wachsende Furcht vor sexuellen Übergriffen gibt. Ich glaube, dass das auch mit der intensiven Berichterstattung in den Medien über herausragende Einzelfälle zu tun hat. Das prägt die eigene Wahrnehmung – während die tatsächlichen Fallzahlen sinken.“

Erfahrene psychiatrische Gutachter werden Münch damit das „Münchhausen-Syndrom“ im fortgeschrittenen Stadium bescheinigen. Das einschlägig bekannte Münch (-hausen)-Syndrom ist eine „artifizielle psychische Störung“ auch „Koryphäen-Killer-Syndrom“ genannt, bei dem die Betroffenen gezielt persönliche Missstände erfinden und gegenüber ihren Therapeuten meist plausibel und dramatisch präsentieren.

Vor einem Jahr wurde in Flensburg die 17-jährige Mireille Bold von einem Afghanen erstochen, [PI-NEWS berichtete mehrfach](#), trotz der Anweisung des Präsidenten des Deutschen Bundeskriminalamtes. Oder gerade deswegen!



Merkel lehnt auf Anfrage von Curio erneut Grenzsicherung ab

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Die Kanzlerin-Befragung am Mittwoch im Bundestag nutzte der AfD-Abgeordnete Dr. Gottfried Curio, um auf die Ausschreitungen hochaggressiver Migranten an der griechisch-mazedonischen Grenze hinzuweisen, wo am letzten Wochenende aus der Ansammlung von 2000 Versorgungsfordernden Steine auf Polizisten geworfen wurden, um endlich ins Sozialparadies Germoney durchgelassen zu werden ([PI-NEWS berichtete](#)). Außerdem hatten am vergangenen Freitag in Athen

rund 300 Invasoren den Hauptbahnhof der griechischen Hauptstadt besetzt, um ebenfalls ihren Durchmarschplänen ins gelobte Land Nachdruck zu verleihen.

Da ein Durchbruch auf der Balkanroute jederzeit zu befürchten ist, wollte Curio von Merkel wissen, ob sie aus ihren schwerwiegenden Fehlern vom Herbst 2015 gelernt habe und bereit sei, die deutschen Grenzen wenigstens jetzt vor dem Eindringen von unberechtigten Asylforderern zu schützen. Hierbei wies er auch auf den beendeten Krieg in Syrien hin, so dass dieser Freifahrtschein nach Deutschland nicht mehr gelten darf. Curio erwähnte auch den Migrationspakt, mit dem die Kanzlerin einen weiteren Magneten für Migrationswillige eingeschaltet habe.

Merkel wich wie so oft aus und verwies auf eine „deutsch-griechische Zusammenarbeit“ mit einem „sehr engen Austausch“ und „Frontex-Aktivitäten“ in Griechenland. Außerdem monierte sie, dass Griechenland im Rahmen des Türkei-Abkommens nicht zufriedenstellend Asylbewerber in die Türkei zurückführe.

Curio hakte nach und erwähnte, dass Österreich und Bosnien vor gigantischen Migrantentrecks warnten, beispielsweise 60.000 in Griechenland und 40.000 in der Türkei. Deren Ziel sei ganz klar Deutschland, wo man selbst als vollziehbar Ausreisepflichtiger im Land bleiben dürfe und per Dauerduldung das Sozialsystem ausbeute. Bulgarien bereite sich gerade darauf vor, 3000 Soldaten an seine Grenzen zu schicken. Vor diesem Hintergrund wiederholte er seine Frage, ob die Kanzlerin ihrer Pflicht zu Grenzkontrollen nachkommen oder erneut ihren Innenminister behindern würde.

Merkel bekräftigte, dass der Grenzschutz nicht in Deutschland, sondern an der Außengrenze der EU stattzufinden habe. Dazu verwies sie erneut auf das Türkei-Abkommen, Maßnahmen an der bulgarischen Grenze und die „enge Zusammenarbeit“ mit Griechenland. Das Problem könne man nur „gemeinsam“ bewältigen. Damit bestätigte sie indirekt, dass sie erneut

Massen von illegalen Eindringlingen ins Land lassen würde, wenn sie es bis an die deutsche Grenze schaffen.

Der von Merkel und ihren roten Gesinnungsgenossen geschasste frühere Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen kritisierte am 8. April ihre „Flüchtlings“-Politik in einem Interview mit dem ungarischen TV-Sender M1 und warnte, dass die Schleuse immer noch offen sei, auch wenn weniger reinkommen würden. [Der Focus berichtet:](#)

Es bestehe nach wie vor ein großer Einwanderungsdruck nach Europa und Deutschland vom Mittleren Osten und von Afrika aus, sagte Maaßen. Die notwendigen Vorkehrungen, „dass dieser Einwanderungsdruck minimiert wird, dass diese Menschen nicht zu uns kommen“, seien nicht getroffen worden. Ihm sei schon 2015 klar gewesen, dass eine derart große Zahl von Menschen nicht ohne Weiteres in Deutschland werde integriert werden können, sagte Maaßen.

Damals sei er verantwortlich gewesen für die Abwehr von Terrorismus und Extremismus, sagte Maaßen. Er habe daran gedacht, dass diese Aufgabe nun noch schwerer werden könne – und er habe an die kommenden Integrationsprobleme gedacht.

Er sehe mit großer Sorge, dass vielleicht in diesem Sommer, im Herbst oder im nächsten Jahr noch wesentlich mehr Menschen nach Europa und Deutschland kommen könnten. „Und ich sehe nicht, dass Vorsorge getroffen worden ist“, kritisierte Maaßen angesichts des Abkommens zwischen der EU und der Türkei sowie diversen bilateralen Abkommen Deutschlands in der Migrationspolitik.

Grundsätzlich müssten die EU-Maßnahmen den Außengrenzenschutz gewährleisten, so dass nur jene Menschen nach Europa und Deutschland kommen könnten, die ein Recht auf Asyl hätten, und nicht Armutsflüchtlinge, sagte Maaßen. „Wir können nicht alle Menschen auf der Welt aufnehmen.“ Er erkenne jedoch nicht, dass der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniere oder

die Grenzschutz-Agentur Frontex sowie die nationalen Grenzbehörden Maßnahmen ergriffen hätten, um Europa und damit mittelbar auch Deutschland zu schützen.

Er sei 2015 davon ausgegangen, dass unter den Migranten auch Menschen gewesen seien, die für den IS oder andere dschihadistische Terrorgruppen gekämpft hätten, sagte Maaßen. Dies sei Anlass zu großer Sorge gewesen. Vor diesem Hintergrund habe er jede Gelegenheit genutzt, dies anzusprechen. Maaßen war seine kritische Haltung gegenüber der Migrationspolitik der Kanzlerin von Teilen der Regierung schwer angekreidet worden.

Wegen dieser klaren und vorbildlichen Einstellung wurde Maaßen gemobbt. Hier das gesamte Video-Interview mit dem ungarischen Fernsehsender M1:

Auf dieses existentielle Problem weist auch Kardinal Robert Sarah aus Guinea hin, einem Land mit 85% moslemischer Bevölkerung. Er sieht durch die derzeitige Masseneinwanderung aus islamischen Ländern den Zusammenbruch Europas kommen, wie [der Wochenblick meldet](#):

„Wenn der Westen diesen unheilvollen Weg fortsetzt, besteht ein hohes Risiko, dass er – wegen Geburtenmangel – verschwinden wird. Von Fremden überrannt, wird er dasselbe Schicksal erleiden wie das von den Barbaren überrannte Rom. Mein Land ist vorwiegend muslimisch, ich glaube, ich weiß wovon ich rede.“

„Massenmigration ist eine neue Form der Sklaverei, denn diese Migranten haben keine Arbeit und keine Würde. Katholische Priester, Bischöfe und Kardinäle haben die Lehren Christi verraten, indem sie politischen Aktivismus betreiben. Sie befürchten, als Reaktionäre gesehen zu werden und drücken sich daher nur vage und unklar aus. Aber es ist falsch, im Namen Gottes Migration voranzutreiben.“

„Es ist ein blanker Wahnsinn, dass die EU die Welt globalisieren und die Nationen mit ihren vielfältigen Charakteren loswerden will“

Schon im Jahr 2015 kritisierte Kardinal Robert Sarah bei einer Bischofs-Konferenz die fundamental eingestellten Mohammedaner des Islamischen Staates als „apokalyptische Bestien“. Dieser charakterstarke Mann, der in einer Zeit voller rückgratloser Lemmlinge und speichelleckender Opportunisten den Mut hat, die Wahrheit auszusprechen, wäre ein viel besserer Papst als der beim Thema Islam völlig ahnungslose und offensichtlich durch und durch linksverdrehte Franziskus.

Es ist die patriotische Aufgabe der AfD im Bundestag und aller Bürgerbewegungen auf der Straße, auf die skandalösen Zustände mit unerschütterlicher Konsequenz aufmerksam zu machen und das bisher noch viel zu schläfrige deutsche Volk wachzurütteln. Ohne Pause, ohne Nachlassen und mit konsequenter Hartnäckigkeit.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-

Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Welche Verantwortung trägt der „Kurdi“-Kapitän?

Von LUP0 | Die Propaganda-Maschinerie der „Seenotretter“ vom deutschen Sea-Eye Schiff Alan Kurdi mit über 60 Personen an Bord vor Malta läuft weiter auf Hochtouren. Nach einem herbeiphantasierten „Sturm“, der keiner war, werden weitere Register gezogen. Beispielsweise wird jetzt das Wasser angeblich knapp, aber die Info-Quellen sprudeln dafür umso heftiger. WELT-Online (W0) berichtet brav und offenbar ungeprüft, was Sea-Eye-Sprecher aus Rom oder frisch von Bord auf den deutschen Nachrichtentisch bringen. Nur ein Thema wird ausgeblendet: Die Verantwortlichkeit des Kurdi-Kapitäns.

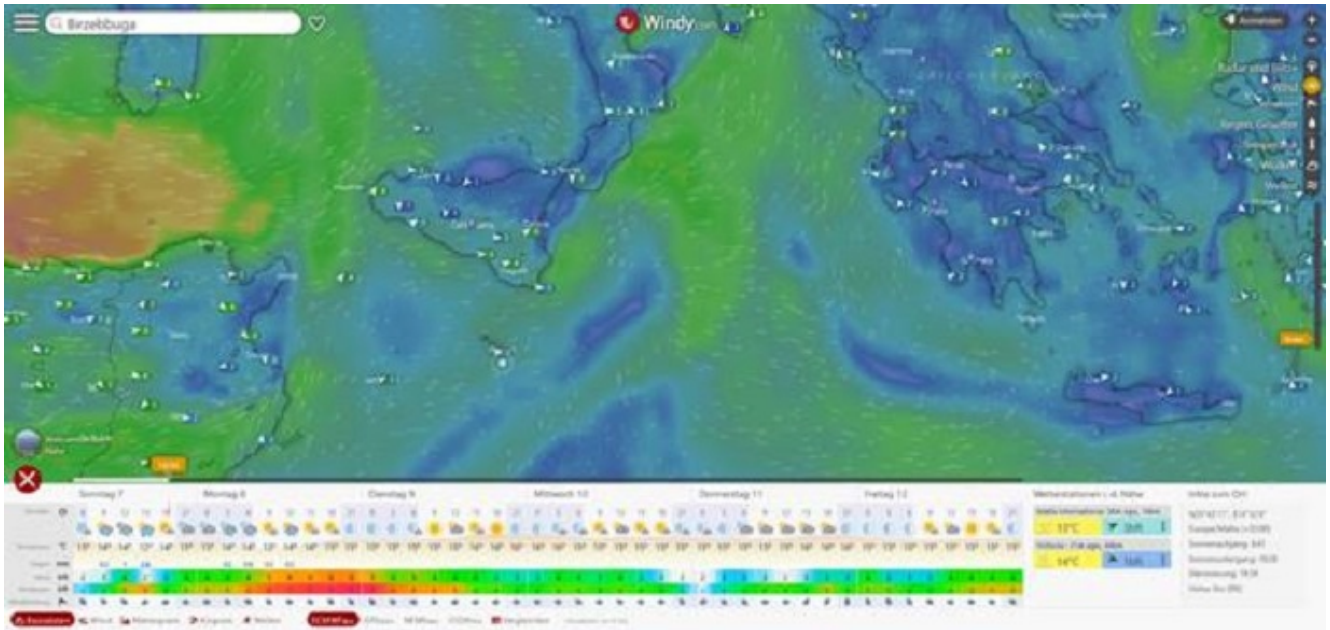
Am 7. April berichtet W0: [„Ein nahender Sturm wird große Gefahr bringen“](#). Die glatte Fehlinformation der Sea-Eye, von W0 übernommen, kann man Lüge nennen. Denn ein vergleichender Blick auf verschiedene Wetterapps hätte insbesondere professionellen Seeleuten gezeigt, dass vor Malta nie ein

Sturm im Anzug war. Mehrere W0-Foristen hatten auch darauf hingewiesen. Ein Blick ins W0-Forum zeigt: Manche kritische Leser haben mehr investigative Power als die Haltungs-Redakteure von W0 selbst.

Tatsächlich zeigten die Wettervorhersagen übereinstimmend für das Kurdi-Gebiet allenfalls starke Winde mit fünf bis sechs Beaufort an, in Böen sieben. Von Sturm spricht man ab acht bis neun Beaufort Windstärke. Die hat es nie gegeben, wie Echtzeit-Messungen beim Durchzug des Schlechtwetters per Internet und Schiffsfinder-App auf der Kurdi und den zahlreichen Schiffen im Seegebiet vor Malta zeigten.

Fast wie bei „Wir lagen vor Madagaskar“

Der aktuelle [Kurdi-Bericht auf Welt-Online](#) von Mittwochmittag dreht weiter an der Dramatik-Schraube, indem er den Einsatzleiter Jan Ribbeck zum einsamen Zeugen macht und dessen teilweise nachweislich falschen Einlassungen eins zu eins übernimmt. Es klingt teilweise wie „Wir lagen vor Madagaskar und hatten die Pest an Bord“. Bei W0 liest man: „Der Kapitän muss Anweisungen zur Wasserrationierung geben“. Die Redakteure sorgen sich um die Hygiene. Gott sei Dank kann Einsatzleiter Ribbeck schließlich doch Entwarnung geben: Die Crew und das medizinische Team seien mit Schutzkleidung gesichert. Behandlungsbedürftige Personen können in unserem Hospital behandelt und isoliert werden.



Die Wetterapp „Windy“ wies keinen Sturm vor Malta aus.

Dann eine halbwegs kritische Frage von W0: „Was entgegenen Sie Menschen, die sagen, Sie leisteten den Schleppern mit der Seenotrettung quasi Amtshilfe?“

Ribbeck: „Wir bekommen ja keine Informationen von den Schleppern. Und es ist längst nachgewiesen, dass die Anzahl der Ertrunkenen – der toten Menschen – nicht weniger wird, wenn keine Rettungsstrukturen oder privaten Rettungsorganisationen gibt. Es wird dann nur nicht gesehen. Das ist genauso, wie wenn wir auf deutschen Autobahnen keine Notrufsäulen und keine Rettungsleitstellen mehr hätten: Deswegen würden die Leute ja trotzdem verunglücken.“

Richtig wäre anzumerken, was W0 aber nicht tut:

- Schlepper geben den Gummiboot-Besatzungen oft ein Satelliten-Telefon mit, mit dem auf See eine im Mittelmeer tätige NGO namens Alarm-Phone angerufen wird. Die Kurdi bekam bei ihrer aktuellen Mission Informationen über Alarm-Phone und damit indirekt über die Schlepper.
- Die Anzahl der ertrunkenen Personen hat sich aufgrund der NGO-Schiffe-Blockaden in 2018 laut UNHCR erheblich reduziert. Das Junktim „weniger NGO-Schiffe, weniger

Tote“ ist nachweislich nicht zu leugnen.

- Für die Aufnahme von Geflüchteten vor Libyen ist die libysche Küstenwache nach Seerechtsregeln beauftragt und einsatzbereit. Die Unterstellung, es gebe keine Rettungsstrukturen, ist falsch.

„Letzte Trumpfkarte“

Stattdessen spricht Einsatzleiter Ribbeck von der „letzten Trumpfkarte“, die der Kurdi-Kapitän ziehen müsste, wenn die Erpressung vor Malta in die zeitliche Verlängerung geht: „Wir können jetzt nicht über noch mal sechs oder sieben Tage reden, ohne nicht ein Wort über die Manövrierfähigkeit des Bootes zu verlieren. Dann wäre die letzte Trumpfkarte des Kapitäns, dass er einen Notfallhafen anfragen kann. Das müsste allerdings über den Flaggenstaat des Schiffes, also Deutschland, erfolgen. So weit darf es aber gar nicht erst kommen.“

Die Verantwortung des Kurdi-Kapitäns

Von den WO-Haltungsjournalisten unbehelligt blieb der Einsatzleiter zu Fragen der Verantwortlichkeit des Hamburger [Kurdi-Kapitäns Werner Czerwinski \(59\)](#) im Hinblick auf die Sicherheit und Wohlergehen von aufgenommenen Personen und die Besatzung. Warum lief er nicht die nächsten Häfen in Libyen und Tunesien an oder den Basis-Hafen der Kurdi in Palma de Mallorca, obwohl doch nach eigenen Angaben ein Sturm im Anzug war und genügend Zeit zur Verfügung stand? Jedem Schiffsführer obliegt es, für die Sicherheit und das Wohlergehen von Passagieren und Besatzung rechtzeitig und planvoll Sorge zu tragen. Warum setzte der Schiffsführer Schiff und Besatzung angeblich fünf Meter hohen Wellen vor Malta aus, anstatt die Kurdi beim Schlechtwetter-Durchzug in den Windschatten an der Ost-Küste Siziliens zu verholen, wo moderate Wetter- und Wellenbedingungen herrschten? Die Antwort könnte vermutlich lauten: Es gab keine „Monsterwellen“, die Wetter-Apps hatten lediglich maximale Wellenhöhen von 2,3 Meter prognostiziert.



Sozialer Wohnungsbau statt Asylheime!

Von DR. VIKTOR HEESE | Wer 40 Milliarden Euro jährlich in Migranten – ohne die Subventionierung der vor 2015 ansässigen Multi-Kulti-Community – steckt und frech herumposaunt „wir schaffen das“, muss sich nicht wundern, wenn ihn die ökonomische Wirklichkeit einholt. Dieses vergeudete Geld fehlt heute an vielen Stellen, wie für die Mütterrenten, marode Brücken und nicht zuletzt für den sozialen Wohnungsbau. Die Wohnungsnot scheint als erste zum sozialen Brennstoff zu werden. Gut so! Vielleicht werden Micheline und Michel endlich wach und fangen an, gegen die Ausbeutung durch die Multi-Kulti-Diktatur zu rebellieren.

Deutschland geht wirtschaftlich zugrunde

Euro-Rettung, Energiewende, Migrationsabenteuer – die auf etwa fünf Billionen Euro bezifferte [Ressourcenvergeudung](#) in der Merkel-Ära hat viele Gesichter. Ziehen jetzt die [Rezession](#), Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Rentnerarmut und gestiegene Strompreise konzertiert in Gutbürgers trautes Heim, darf gehofft werden, dass der Wachgerüttelte hilft, den Merkelismus zu stürzen. Hoffentlich ohne soziale Unruhen. Geschieht das nicht sofort, bleibt immer noch die Hoffnung: Es muss schlimmer kommen, damit es besser wird. Besser ist laut Volksmund ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Die Wiederentdeckung des Spekulanten

Jede Wertanlage, egal ob in Aktien, Anleihen oder in Immobilien, ist eine „Spekulation“, die Risiken und Chancen mit sich bringt. Jede Spekulation ist weiterhin Privatsache des Anlegers und gesetzlich nicht verboten. Seinerzeit wurden die Spekulationsgeschäfte der Banker zurecht angeprangert, weil vor der Finanzkrise falschgespielt wurde. Die Verluste der Banken wurden sozialisiert (Rettungsschirme für marode Adressen) und die Gewinne (Bonis für Vorstände) privatisiert. Am heutigen Immobilienmarkt wird jedoch, abgesehen von der Ausnutzung des Vorschriftenschungels durch clevere Investoren, nicht falschgespielt. Einen anderen Vorschriftenschungel nutzen auch Micheline und Michel bei ihrer Steuererklärung aus und sind trotzdem keine „Betrüger“.

Die Immobilieninvestoren erkannten und nutzten lediglich ihre Chancen durch Merkels Migrationsparty, die sich in zwei simplen Zusammenhängen festhalten lässt:

1. Migration = Wohnungsverknappung und Preistreiberei an Wohnungsmarkt
(besonders in den Ballungsgebieten)
2. neue Migrantenheimе = weniger Ressourcen für den sozialen Wohnungsbau.

Anders ausgedrückt: ohne die zwei Millionen neuer Migranten gäbe es nach Adam Riese mehr und billigere Wohnungen. Übrigens so geschäftstüchtig wie die Wohnkonzerne Vonovia oder Deutsche Wohnen war auch die clevere Asylindustrie, von Micheline und Michel als „populistische“ Propaganda abgetan. Während die Konzerne im gesetzlichen Rahmen spielen, trickst die Asylindustrie [in großem Stil](#).

In den letzten spektakulären Großdemos und den aggressiven Enteignungsparolen ist dem herrschenden Polit-System (Grüne, Linke) über ihre Aktivisten vorläufig gelungen, die Schuld für die Wohnungsmisere auf den „Spekulanten“ und die „Miet-Haie“

zu richten. Damit ist der Sieg jedoch noch nicht endgültig. Mehr zur Lage am Berliner Wohnungsmarkt ist in der [Top-Analyse von Dr. Zitelmann](#) zu erfahren.

Kassensturz wäre Startzeichen für echte Kosteneinsparungen beim Migrantentum

Bei etwa 40 Milliarden Euro Jahresvolumen ist bei „finanziell blutenden Kommunen“ der Widerstand gegen das Berliner Asyl-diktat latent vorhanden. Finanzminister Scholz mauert zusätzlich und verweigert den Kommunen die Kostenerstattung für die Migranten. Kein Wunder, wenn die Ausgebeuteten krampfhaft nach Sparmöglichkeiten suchen und die Asylindustrie besonders unter Beobachtung haben.

[Beispiel Köln](#): Als erstes wären in der Domstadt die grotesken UMA-Privilegien zu kappen (UMA = Unbegleitete minderjährige Asylbewerber). Ein UMA belastet die dortige Stadtkasse mit bis 280 Euro pro Tag (Anfrage bei der Stadtverwaltung zu empfehlen). Ja, Sie lesen richtig liebe Leser, drei UMAs kosten in Köln so viel wie eine durchschnittliche Netto-Rente. Ein zweites groteskes Beispiel: in der jetzt angepassten mittelfristigen Finanzplanung 2018-2021 waren mit über 350 Millionen Euro die Investitionen für die „Schaffung von Unterkünften für Geflüchtete“ [mehr als doppelt so hoch](#) wie für den „normalen“ kommunalen Wohnungsbau. Das sind ja nur Deutsche!

Wie wird bloß die Geschichte über die „Feiglinge von heute“, die eine solche gnadenlose Ausbeutung des Steuerzahlers nicht verhindern, einmal urteilen?

Werden „neue Mutige von morgen“ Reformen am Wohnungsmarkt durchsetzen?

Vielleicht werden jedoch die „neuen Mutigen“ die „alten Feiglinge“ bald ablösen. Bei vorgenannten Beträgen darf die Asylindustrie zurecht bedroht werden. Gefährlich wären

insbesondere Ideen, wenn die Kommunen eingesparte Asylkosten (laufende Kosten und Investitionsmittel) für den sozialen Wohnungsbau und andere Bürgerleistungen umwidmen dürften. Dann wird gespart, weil es Wählerstimmen bringt. Politiker sind flexibel.

Denkbar wäre also, dass der vorläufige Sieg der [Enteignungs-Kommunisten](#) in Wahrheit nur ein Pyrrhussieg ist. Denn die Spekulanten und Miet-Haie könnten unerwartet Verbündete bekommen:

1. Die Medien trauen sich nicht zuletzt aufgrund der Rezession mehr über die wahren Ursachen der Mietmisere zu diskutieren („Wendehalstheorie“)

2. Die Mieter erfahren plötzlich einen unerwarteten oder den „Populisten“ geerbten Sinneswandel und demonstrieren vor den Rathäusern mit veränderten Plakaten. Auf denen steht jetzt drauf statt „Enteignet die Miet-Haie“ die Losung „Sozialer Wohnungsbau statt Asylheime“ oder etwas konzilianter „Neue Heime für alle!“ („Erleuchtungstheorie“)

3. Die Ratsherren klagen gegen das Land wegen des Asylkostendiktats, bauen keine Asylheime mehr, sondern Wohnungen für die Micheline und den Michel („Widerstandstheorie“). Träumen ist erlaubt!



Dr. Viktor Heese.

Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert

hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie](#). Methoden der Aktienbewertung im Vergleich“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.



Frühjahr 2019: Die Flüchtlingskrise zerreisst das Land

Von CANTALLOOP | Seit 2015 sind grob geschätzt, da es keine verlässlichen statistischen Erhebungen darüber gibt, etwa zwei bis 2,5 Millionen mehrheitlich junge, männliche „Fluchtmenschen“ hierzulande aufgenommen und vollumfänglich versorgt worden. Jetzt zeichnen sich die absolut vorhersehbaren Konsequenzen aus dieser eklatanten Fehleinschätzung in Form von Wohnraumverknappung, rapidem Anstieg der Sozialausgaben und zunehmenden Verlust der öffentlichen Sicherheit ab.

Obgleich die Hauptverursacher dieser hausgemachten Probleme zweifelsfrei in den Reihen der Blockparteien im Bundestag verortet werden können, so steigt erstaunlicherweise die

Beliebtheit, speziell der [zentralen Forderungs- und Enteignungspartei „die Grünen“](#), frappant an.

Weit über 20 Prozent der Wahlberechtigten auf Bundesebene wünschen sich gemäß einiger Umfragen unter einem Kanzler Robert Habeck also noch mehr Steuererhöhungen, weitere Migranten und zusätzliche Verbote. Wo genau die Wurzeln dieser speziellen Art von „Deutsch-Masochismus“ zu lokalisieren sind, wird wohl auch in naher Zukunft noch ganze Kohorten von Sozialwissenschaftlern und Anthropologen beschäftigen.

Nullzinspolitik, überhöhte Mieten für Flüchtlingsunterkünfte und kriminelle Geldwäscher

Dass neben der erhöhten Nachfrage durch Neuansiedler natürlich die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank hauptsächlich für Spekulation und das Ansteigen von Wohnungs- und Mietpreisen ist, wird geflissentlich ausgeblendet. Darüber hinaus: wenn die Kommunen für die Neubürger stark überhöhte Mieten in Großstädten bezahlen, hat dies sicherlich ebenfalls Auswirkungen auf die gesamte Marktpreientwicklung.

Gerne wird auch vergessen, dass Schwarzgeld aus Russland/China, ergaunertes und zu waschendes Geld der italienischen Mafia, osteuropäischer Banden und arabischer Clans keinesfalls zu unterschätzen ist. Denn der Immobilienmarkt wird derzeit zum überwiegenden Teil von ausländischen „Investoren“ regelrecht leergekauft.

Dass Linksgrün die Schuldigen dieser Misere jedoch lieber innerhalb der Reihen ihres politischen Gegners verortet, konnte man logischerweise gar nicht anders erwarten.

Fanatismus in seiner extremsten Form

Darüber hinaus stacheln sie ihre Anhänger unablässig dazu auf, genau dieses „kapitalistische“ System, das im Moment noch viele Bürger auskömmlich ernährt, mit allen Mitteln zu

bekämpfen. Selbst Schulkindern werden auf Klimademos mittlerweile Kommunismus-konforme Schilder in die Hand gedrückt. Ob diese „Umsturzversuche“ jedoch ohne den massiven Zuzug von Kostgängern aus der halben Welt auch so schnell geschehen würden, bleibt eine interessante Frage.

Nun werden perfiderweise die Auseinandersetzung darüber, ob [„Immobilienenteignungen“](#) überhaupt sinnvoll sind, oder nicht, letzten Endes wieder genau von jenen marxistisch angehauchten „Politik-Profis“ entschieden, die diese Krise eigentlich erst in Gang gesetzt haben.

Indem sie nämlich ohne Not, wie beispielsweise in Berlin vor gar nicht allzu langer Zeit geschehen, just jene Sozialwohnungen regelrecht „verramscht“ haben, die nun so dringend benötigt würden. Gleichwohl: zu einer veritablen Gegenfinanzierung solch angedachter „Enteignungen“ im großen Stil wären chronisch klamme Bundesländer wie NRW, Berlin, Bremen oder Hamburg ohne Länderfinanzausgleich wohl gar nicht erst in der Lage.

Freiräume werden enger

Was derlei sozialistisch anmutende Politik indessen an Auswirkungen auf seriöse Investoren, liquide Unternehmer und schlussendlich auf die gesamte innerdeutsche Wirtschaft hätte, kann sich derzeit offenbar kein grün-verblendetes Politikerhirn ausmalen. Das ihnen so verhasste „Kapital“ ist nämlich nicht ortsgebunden, würde selbstredend flüchten – und mit ihm viele weitere Wertschöpfer, Leistungsträger und andere „Macher“. Dann ist erst einmal Schluss mit dem Umverteilen. Venezuela lässt grüßen!

Die zweifellos beste Idee, die die interventionistische Linke je hatte, um ihre Machtansprüche durchzusetzen, sind sicherlich **„die Grünen“**. Fast ist dieses „Duo Infernale“ am Ziel. Wenn ihnen nur nicht der immer weiter erstarkende (politische) Islam am Ende noch einen Strich durch die

Rechnung macht.



Diavata: Auf nach Deutschland!

Von CHEVROLET | Man kennt es ja: „Flüchtlinge“, neuerdings Migranten, kurzum die vollversorgungssuchenden Glückritter aus dem arabischen und afrikanischen Raum auf dem Weg nach Deutschland, können bisweilen recht ungehalten werden, wenn es nicht so läuft, wie von Schleppern und deren zahllosen Helfern aus Gutmenschenkreisen versprochen.

Statt Ultra-All-Inclusive in Germoney, nur Flüchtlingslager auf einer Ägäisinsel oder mit Glück in Griechenland, es ist schon hart in der Realität anzukommen.

Doch die Hoffnung kommt aus dem „geretteten“ Smartphone. Über WhatsApp-Gruppen und Facebook [verbreitete sich vor einigen Tagen die Nachricht](#), dass die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien, das sich auf massiven griechischen Druck in „Nordmazedonien“ umbenennen musste, geöffnet würde, damit die jungen Herren endlich die Weiterreise ins gelobte Land antreten könnten.

Wer die Informationen gestreut hatte, die sich sicher auch bis ins hinterste afghanische Bergtal oder Camp in Syrien und Dorf in Somalia verbreiten, ist unbekannt. Schlepper könnten es

gewesen sein oder die „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO), die ja gerne mal etwas von Regierungen erpressen.

Entsprechend aufgeladen ist die Atmosphäre; da fliegen Steine und Gesteinsbrocken auf das Wachpersonal und Polizei. So in Diavata, 60 km südlich der mazedonischen Grenze, denn die jungen Herren, die die wenigen Frauen und Kinder als auch medienwirksame Schutzschilde gnadenlos vor sich her schieben, wollen los nach Mitteleuropa.

Die NGO's, so heißt es, warteten bereits mit Bussen hinter dem Grenzzaun, um den schnellstmöglichen Weitertransport der Landnehmer nach Norden einzuleiten. Das dürfte aber wohl nicht stimmen, wobei man bei den vielfach von George Soros gesteuerten NGO's niemals sicher sein kann, dass sie nicht doch das Ganze ausgeheckt haben.



Kurz vor der Abschiebung: Langkebbba C. darf nicht heiraten

Bitte Taschentücher und Erdnüsse bereithalten, Sie erleben hier das vorzeitige Ende einer großen Romanze. Susanne B. wollte ja so gerne ihren Freund Langkebbba C. heiraten, der sich schon längere Zeit in Österreich aufhielt. Allerdings mit einem abgelehnten Asylantrag. Die Polizei funkte deshalb

kurz vor dem Ja-Wort dazwischen, wie der [FOCUS](#) berichtet (mit Video):

Der Grund für die Aktion: Der Mann aus Gambia lebt in Österreich, obwohl sein Asylantrag bereits vor einiger Zeit abgelehnt wurde. Doch Susanne B. sagt, erst wenige Tage vor der Hochzeit sei Langkebbba C. der Pass abgenommen worden. Für die freiwillige Ausreise hätte er sich am Freitag in Wien melden sollen. „Wir wollten heiraten und dann gemeinsam nach Wien fahren.“

Doch nun sitzt Langkebbba C. offensichtlich in Abschiebehaft. Eine furchtbare Situation auch für seine Partnerin. „Meine zwei Kinder lieben ihn wie einen Vater. Er hat sich nie etwas zu Schulden kommen lassen.“ Wie es jetzt weitergeht? Susanne B.: „Ich habe keine Ahnung. Mein Leben wurde umgekrempelt. Ich hoffe einfach, dass er bald wieder nach Hause kommen kann.“

Da können wir die Susanne beruhigen, er ist auf dem direkten Weg dorthin. Und dank des Migrationspakts darf sie ihrer großen Liebe auch direkt nach Gambia hinterher reisen. Was das Zusammenleben in Österreich angeht, muss sich der Langkebbba allerdings an die Einreisegesetze des Landes halten, wie alle anderen auch. Sonderrechte für Schwarze kennt Österreich nicht. Sollte er Arzt oder Ingenieur sein, wird er aber sicher schnell einen Posten bekommen, für seinen Lebensunterhalt selber sorgen und seine geliebte Susanne mit ihren zwei Kindern auch ernähren und unterhalten können.



Warum läuft die „Kurdi“ nicht Mallorca an?

Von LUP0 | [Mehr als vier Tage dauert](#) bereits die Erpressung der deutschen Seenotschlepper von der Alan Kurdi, ihre 64 vor Tripolis aufgenommenen Personen auf Lampedusa, Malta oder Sizilien abzuladen. Das Schiff der Regensburger NGO Sea-Eye hätte in dieser Zeit bereits problemlos das rund 700 Seemeilen entfernte Palma de Mallorca erreichen können. In diesem spanischen Hafen erholt sich die Crew üblicherweise von ihrem hochumstrittenen Geschäftsmodell, von hier war sie auch aufgebrochen.

Wenn es der Kurdi darum gegangen wäre, ihre menschliche Fracht sicher und heil anzulanden, dann wäre die Ansteuerung von Mallorca erste Wahl gewesen: relativ schnell erreichbar, im Aktionsradius der Kurdi gelegen, keine Wetterprobleme, freundliche Aufnahme durch spanische Behörden, die ja auch sonst der Sea-Eye-Organisation wohlgesonnen sind. Nicht von ungefähr fahren spanische Helfer auf dem deutschen Schiff mit und bilden mit der deutschen Crew eine Art Joint-venture.

Warum also kurvt die Kurdi seit über vier Tagen in Gewässern im Süden Italiens herum und bittet um Aufnahme, obwohl ihre Mission schon problemlos hätte abgeschlossen sein können?

Zu vermuten sind Provokation und Erpressung. Das Schiff unter deutscher Flagge nutzt das Flaggenzertifikat aus, um Politik und Administration in Deutschland gegen den italienischen Innenminister Matteo Salvini in Stellung zu bringen. Der rechte Hardliner gegen das Geschäftsmodell von Schleppern und Schleusern soll erneut vorgeführt und in die Knie gezwungen werden. Der Masterplan sieht vor, Europa so lange der Hilfeverweigerung für angeblich oder mutwillig-selbstverschuldet in Seenot befindliche Menschen zu bezichtigen, bis der afrikanisch-europäische Geflüchteten-

Transfer auf Kosten Deutschlands zum Standard wird.

- Selbst Piraterie durch „ertrinkende“ Personen, wie kürzlich auf dem palauischen Tanker El Hiblu 1 und deren Rückeroberung durch maltesische Spezialkräfte, wurden von der Kurdi-Crew ins Gegenteil umgedeutet: „Diese Geretteten haben die Hölle hinter sich und stehen nun wenigen überforderten und unvorbereiteten Besatzungsmitgliedern eines Frachtschiffes gegenüber, die ihnen zu erklären haben, dass sie genau an jenen Ort zurückgebracht werden, den sie unter Einsatz ihres Lebens zu entkommen versuchten“.
- Es grenzt an unterlassene Hilfeleistung, wenn die Bereitschaft italienischer Behörden unterlaufen wird, Frauen mit Kindern, aber ohne männliche Begleitung, aus der aktuellen Tranche an Land medizinisch versorgen zu lassen. Die Kurdi verhinderte das Angebot mit dem Hinweis, Familien dürften nicht auseinander gerissen werden.

Bereits die „Rettung“ der 64 Personen vor Tripolis gibt zu Spekulationen Anlass. Berichten deutscher Medien zufolge wurde die Kurdi von der [„Alarm-Phone“](#) benachrichtigt, die wiederum per Satelliten-Telefon von einem angeblich seeuntüchtigen Gummiboot mit Geflüchteten alarmiert worden war. Dabei handelt es sich um eine Initiative, die eine Hotline für „Flüchtlinge in Seenot“ eingerichtet hat und deren Aktivisten von zuhause Alarmrufe entgegen nehmen und weiterleiten – zum Beispiel – wie im vorliegenden Fall – an die Alan Kurdi. Die Schlepper geben den Geflüchteten oft ein Thuraya-Telefon mit und halten diese dazu an, u.a. die Alarm-Phone-Hotline zu kontaktieren. Auf diese Weise gelangen NGOs wie die Kurdi in den Besitz der Positionsdaten von „Menschen in Seenot“.

Inzwischen läuft die Propaganda-Maschinerie von Sea-Eye und Kurdi wie geschmiert. Üblicherweise gehen Essen und Trinken zur Neige, das Wetter wird schlechter, die Wellen höher, Frauen und Kinder erleiden unmenschliche Qualen. Deutsche

Qualitätsmedien übernehmen und verbreiten diese Behauptungen meistens ungeprüft, anstatt sich zum Beispiel über Wetterapps vor Ort kundig zu machen. Niemand fragt nach, warum die Alan Kurdi nicht schon längst Palma oder einen anderen Hafen angelaufen hat. Oder das 2.700 Seemeilen entfernte Hamburg, wie Italiens Innenminister empfohlen hat. Bei sechs Knoten Fahrt in rund 18 Tagen mühelos erreichbar.



MerkeIs „Facharbeiter“: Jeder Zweite kassiert Alu

Von PETER BARTELS | Reden ist Silber ... Schweigen ist Gold ... Verschweigen ist Platin ... Fast lautlos huschte vor ein paar Tage die [Bilanz der Bundesagentur für Arbeit](#) über die Schreibtische der Medien-Meute, direkt in die Papierkörbe. Ihre Majestät Mutti sah's mit Wohlgefallen ...

Offenbar nur die WELT versteckte irgendwo im vertrockneten Gestrüpp ihrer letzten 76.000 Leser/Käufer den Hammer: „Fast jeder zweite Arbeitslose hat ausländische Wurzeln.“ Und:

„Laut Bundesagentur für Arbeit ist durch die Asylzuwanderung der Anteil der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund gestiegen. Bei den erwerbsfähigen Leistungsbeziehern sogar auf 57 Prozent.“

Ein Marcel Leubecher stammelt: „Seit der Flüchtlingskrise hat

der Anteil der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund deutlich zugenommen.“ Und wiederholt sogleich (der Chefredakteur rührt offenbar gerade Caffee Latte, statt zu redigieren): „Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den rund 2,3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland hat einen Höchstwert erreicht. Die entsprechende Quote liegt inzwischen bei 46 Prozent.“

Und wiederholt weiter: „Unter den 4,1 Millionen sogenannten erwerbsfähigen (??) Leistungsberechtigten liegt der Anteil der Migranten sogar bei 57 Prozent. In dieser Kategorie sind neben den Arbeitslosen vor allem auch Aufstocker enthalten, also Menschen, die vom Jobcenter ergänzende Leistungen erhalten, weil ihr Erwerbseinkommen nicht für den Lebensunterhalt ausreicht.“

Der gute WELT- Marcel hat nur Politik, Theologie, Psychologie studiert, an der Axel Springer Akademie volontiert – da schreibt man halt so. Nach diesen wiederholten Wiederholungen fährt er fort: „In den vergangenen fünf Jahren gab es einen deutlichen Anstieg der Migrantenanteile ... Vor Beginn der Migrationskrise, Ende 2013, lag der Wert unter den Arbeitslosen bei 36 Prozent ... Jener unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei 43 Prozent ... Der Bundesagentur zufolge muss dieser Anstieg vor dem Hintergrund der sich verändernden Zusammensetzung der sehr heterogenen Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund gesehen werden.“

Schluß mit dem Turnvater-Jahn-Gelaber, sagen wir's auf Journalistendeutsch (Subjekt, Prädikat, Objekt), in Gottesnamen Axel Springer-Sprech: Ende 2013 waren 36 Prozent der Migranten arbeitslos gemeldet, davon 43 Prozent Leistungsberechtigte ... Mehr steht nicht in der Luftblase des Sesselfurzers.

Aber noch mal 0-Ton WELT-Philosoph: „Der Anstieg der Zahl von arbeitslosen Geflüchteten“ beeinflusse die Gesamtentwicklung maßgeblich. So ist die Gruppe der „erwerbsfähigen

Leistungsberechtigten im Kontext von Fluchtmigration“ auf 591.000 (Dezember 2018) angewachsen.“ Und: „Als diese Kategorie im Juni 2016 erstmals erhoben wurde, wurden noch 291.000 gezählt. Mit „Personen im Kontext von Fluchtmigration“ werden in der BA-Statistik Asylbewerber, Geduldete und anerkannte Flüchtlinge zusammengefasst. Nicht enthalten sind nachgezogene Angehörige und ehemalige Asylbewerber, die eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben.“

Wieder ins Deutsche übersetzt: 2016 hatte Deutschland 291.000 Migranten, Ende 2018 waren es 591.000 Merkel-Gäste. Natürlich ohne die nachgeholte bucklige Verwandtschaft aus den Sippen bis in die 3. Generation ohne Beisserchen, die endlich ihre goldenen Kukident-Kauleisten haben wollten für den Halal-Hammel. Das heißt (soviel Mathe hat auch ein WELT-Theologe drauf): Ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland hat schon einen „Migrationshintergrund“...

Wehe, ein Nazi sagt jetzt was von Umsiedlung, gar Umvolkung!! Immerhin macht das WELT-Würstchen dann auch noch den gravitatischen Postwurfsendung-Austräger: „Die Nürnberger Behörde (nein, nicht die von Adolf!) verweist darauf, dass die Daten ihrer Auswertung möglicherweise kein ganz exaktes Bild der Wirklichkeit lieferten. Die Begründung: Die Angabe zum Migrationshintergrund ist freiwillig. Angaben machten lediglich 79 Prozent der Leistungsbezieher.“

Erklärbar der Ärmelschoner: „Nach amtlicher Definition hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Der WELT-Erklärbar: „24 Prozent der Bevölkerung erfüllen dieses Kriterium, etwa jeder Zweite in dieser Gruppe besitzt einen deutschen Pass.“

Ja, ja, der alte PI-NEWS-Mann weiß Bescheid, Deutsch: Von den 591.000 Migranten können etwas weniger aber auch noch viel mehr „berechtigt“ sein. Aber man fragt Gäste eben nicht, ob sie sich die Ohren gewaschen haben, die Hände, die eigenen

Papiere. Jedenfalls nicht Merkels Facharbeiter ... Und Paß-Deutsche schon gar nicht. Höchstens die paar Bio-Deutschen. Wenn sie mal keine Arbeit haben, Alu haben wollen ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#) und seinen Blog [bartels-news.de](#)!



Kommt Schwarzafrika, kommt der Eiserner Vorhang!

Von DR. VIKTOR HEESE | Im Extremfall werden die Osteuropäer mit dem Bau eines Eisernen Vorhanges gegen eine Multi-Kulti-Bedrohung reagieren. Die Bedrohung kommt aus Schwarzafrika und ist schon heute real. Seit Jahrzehnten bleibt dort die Wirtschaftsentwicklung hinter der Bevölkerungsexplosion zurück. Als Problemlösung fällt den Leuten nur ein, Bevölkerungsüberschüsse nach Europa zu exportieren. [Nach jüngster Umfrage](#) sind heute 40 Prozent ausreisewillig.

Es fällt auf, dass die falschspielenden westlichen Geldgeber und Politiker selbst die letzte wirksame Waffe, eine rigorose Geburtenkontrolle einzufordern, nicht nutzen.

Schritt 1: Schwarzafrika schafft es nicht aus der Armutsspirale herauszukommen

Schwarzafrika ist Weltmeister im Kinderkriegen und gleichzeitig das Armenhaus der Welt. Eine Milliarde Einwohner lebt hier von drei bis vier US-Dollar täglich, zum Teil von westlichen Almosen.

Das liegt an der offensichtlichen Leistungsunfähigkeit oder -unwilligkeit. Schon simple Weltbank-Statistiken zeigen, dass in Ostasien oder in Lateinamerika – beides Regionen, die ebenfalls die postkoloniale Vergangenheit abschütteln mussten – hohes Bevölkerungswachstum mit einer auskömmlichen Wirtschaft vereinbar sind. In Schwarzafrika nicht. Hält der Negativtrend an, werden die Entwicklungshilfen genau so wenig helfen wie die Phrasen hiesiger Gutmenschen von Klimakatastrophen, Diktaturen, Kolonialismus, Sklaverei, Epidemien, Ausbeutung und anderen externe Plagen als Unglücksursachen.

Da an ein Wirtschaftswunder niemand glaubt, bleiben als Ausweg

nur die illegale Emigration nach Europa oder eine rigorose Geburtenkontrolle. Das erste steht auf der Agenda der Einheimischen, das zweite nicht.

Schritt 2: Migrationspakt statt „Festung Europa“ ein fatales Signal

Der fehlende Wille, die Grenzen Europas zu verteidigen und das Multi-Kulti-Spiel weiter zu betreiben sind jedem bekannt. Europäer haben somit keine Erfahrung, wie rigorose Grenzsicherung wirken würde, weil sie es nicht versucht haben. Auch wenn „Festungen und Mauern“ auf Dauer letztendlich nicht hielten, so halfen sie doch periodisch, bis andere Lösungen gefunden wurden. Ein solches Sofortprogramm wurde sträflich unterlassen.

Statt Grenzsicherung einen Migrationspakt zu verabschieden war völlig kontraproduktiv. Ganz fatal in diesem Kontext erscheint die voraussichtliche Lasten-Konzentration auf wenige (noch!) starke Leistungsländer. Zwei Dutzend „Nein“-Sager vereinigen über 50 Prozent des weltweiten BIP und 60 Prozent des globalen Vermögens auf sich und sind wirtschaftlich potenter sind [als die restlichen 160 „Ja“-Sager](#). Von den G20-Ländern bleiben de facto einmal wieder Deutschland, Frankreich und Großbritannien als Zahlmeister übrig.

Schritt 3: „Eiserner Vorhang“ so gut wie sicher, wenn Schwarzafrika kommt

Gehen die Auswanderungswünsche allein von Schwarzafrikanern in Erfüllung, werden mittelfristig bis 100 Millionen Westeuropa „kampflos“ fluten, wenn die Populisten verlieren. Weil die Osteuropäer nicht mitmachen werden, bekäme der Westen eine Bereicherung in der Größenordnung von 25 Prozent.

Aber auch ein Bruchteil der leistungsfernen Ankömmlinge würde die Sozialsysteme der Willkommensländer – geschweige erst deren Sicherheit – aus den Ufern heben. Genug, um bei einem Worst Case Millionen westeuropäischer Armutsflüchtlinge in den

rettenden Osten zu treiben. Eine neue Völkerwanderung wäre vorprogrammiert.

Unter den Westflüchtigen befänden sich nicht wenige, die Widerstand gegen ihre Heimatländer organisieren möchten. Die Spannungen, der drohende Asyltourismus und der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung würde die Ostländer zum Bau eines physischen „Eisernen Vorhanges“, wie zu Zeiten des Ersten Kalten Krieges 1945-1990, zwingen. Dieses Mal mit einem anderen Hintergrund.

Merkels Nachfolger hätten, wie einst das DDR-Regime, nichts gegen eine solche Mauer. Berlin könnte somit seine Leistungsträger aufhalten, Kapitalkontrollen einführen oder Überweisungen von Renten an Ausgewanderte stoppen. Jeder Staat wehrt sich vehement, wenn ihm [die Leistungsträger weglauen](#) und die Ressourcen wegschwimmen.

Generell müsste die Wirtschaft unter dem Eisernen Vorhang nicht leiden. So war es in Zeiten des Ersten Kalten Krieges (1945 – 1990), als der Osthandel blühte. Nur für den Otto-Normal-Leistungsträger wäre es Schluss mit der Freizügigkeit. Der soll ja arbeiten um den Multi-Kulti-Staat zu unterhalten. Deutsche und die neuen Multi-Kulti-Eliten würden sich irgendwie arrangieren um den sozialen Frieden und ihre Herrschaft zu sichern. Wird der fleißige deutsche Michel rebellieren?

Exkurs: Heute kann sich niemand ein Militärbündnis Osteuropas mit Russland vorstellen. Wenn sich die USA aus Europa zurückziehen, die NATO zerbricht und Deutschland, Frankreich und Großbritannien islamisch kontrollierte Regierungen bekämen, wäre dieses aber bitter notwendig. Selbst die Polen wissen, dass ihre „Feindschaft“ gegenüber Russland nur ein künstliches Gehabe, die islamische und die Multi-Kulti-Bedrohung dagegen reell sind. Früher wollte die Sowjetunion mit Gewalt die „Weltrevolution“ exportieren, die Populisten-Bezwinger würden das gleiche mit der „Wiederherstellung der

Demokratie“ tun wollen.

Schritt 4: Schwarzafrika nicht kooperativ – keine Geburtenkontrolle, sondern Migration!

Schwarzafrika denkt nicht daran, eine erfolgreiche Geburtenkontrolle nach chinesischem Muster zu betreiben. Davon dürfen sich Skeptiker bei einem Studium der Google-Überschriften ruhig überzeugen.

Auch internationale Geldgeber, die UNO, westliche Regierungen, Kirchen und Medien fordern diesen allein vernünftigen Rettungsansatz nicht ein. Die Bill Gates-Stiftung bringt das Problem auf den Punkt: „Mehr Menschen, mehr Armut“. Unversucht blieben auch Konzepte Wirtschaftshilfe an Geburtenkontrolle zu koppeln, notfalls mit direkter Auszahlung an korrupte Regierungen der besseren Wirkung wegen. So werden aber Kondome verteilt und gehofft, dass diese auch genutzt werden.

Fazit:

Statt zu handeln, staunen die Betroffenen von Morgen wie schnell Schwarzafrika wächst und attackieren Trumps Mauer-Pläne. 2050 soll Nigeria mit 400 Millionen die USA überholen und ganz Schwarzafrika vier Mal mehr Einwohner als Westeuropa haben. Da kann sich in Zukunft die italienische Marine noch so anstrengen – zu viele werden durchkommen. Oder glaubt noch jemand an das rettende schwarzafrikanische Wirtschaftswunder?



Dr. Viktor Heese.

Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.



Taufen für Asyl: Verramscht evangelische Kirche ihren Glauben?

Von PLUTO | Billiger (Glaubens)-Jakob bei den Evangelischen Amts- und Freikirchen: sie seien auffällig leichtfertig, würden Flüchtlingen inflationär Taufzeugnisse ausstellen, die zum christlichen Glauben konvertieren wollen und sich dadurch Asylstatus erhoffen, klagen Gerichte. Ein Asylrichter sagt, dass in neun von zehn Fällen gelogen wird.

Wie [die Welt berichtet](#) (leider nur hinter Bezahlschranke), hörte Andreas Müller, Richter am Verwaltungsgericht Düsseldorf, nach rund 100 Verfahren meistens dieselbe Legende: Anschluss an eine christliche Untergrundkirche im Iran, dann Flucht aus Angst vor Verfolgung und Gefängnis. Nach ihrer

Taufe in Deutschland wollen sie treue Anhänger der evangelischen Amtskirche oder einer der Freikirchen sein, inclusive aller Asylvorteile versteht sich.

Wenn Richter Müller dann akribisch nachhakt, wird's häufig peinlich. Offensichtlich hat die begleitende Asylindustrie ihre Probanden nicht hinreichend gebrieft, denn deren magere Antworten lassen erkennen, dass der Heilige Geist trotz Anwalt und Dolmetscher noch nicht vollends über sie gekommen sein kann.

An Glaubwürdigkeit büßt grundsätzlich ein, wer – oh Wunder – keinen Reisepass vorweisen kann. Das war in rund 100 Verfahren des Verwaltungsrichters bei allen Antragsstellern der Fall. Wohl aus gutem Grund: Schließlich ist dies das einzige Dokument, mit dem abgelehnte Asylbewerber derzeit in den Iran zurückgeführt werden könnten, schreibt Welt.

Taufspruch gelb markiert

Dann fragt der Richter den Probanden nach dem Erweckungserlebnis, also nach dem Grund für die Hinwendung zum neuen Glauben, für die der Ex-Muslim laut Koran mit dem Tod bestraft werden sollte. Keine Antwort. Auch beim Taufspruch in der evangelischen Freikirche muss Ali (Name unvollständig) passen. Er blättert vergeblich in der persischen Bibel-Übersetzung. Fündig wird er nur in seiner Taschenbibel, in der der Taufspruch allerdings gelb markiert ist. „Das Wort wurde Mensch und lebte unter uns“ (Johannes 1,1).

Diesbezüglich hat die evangelische Kirchengemeinde in einem Rheinberger Stadtteil, zu der Ali von der Flüchtlingsunterkunft aus „geschickt“ worden sei, wohl noch saubere Arbeit geleistet. Beim Taufdatum allerdings vertat sich der Pastor, als er die Taufe merkwürdigerweise vordatierte.

Inzwischen gehört Ali der „Freien Evangelischen Bibelgemeinde“ im ostwestfälischen Espelkamp an. An den Namen seiner Gemeinde

kann sich Ali vor Gericht aber nicht erinnern, beim nachgefragten Inhalt der letzten besuchten Sonntagspredigt setzt es ganz bei ihm aus.

Auf die etwa 170 Espelkamper Christen kann sich das neue Gemeindemitglied trotzdem verlassen. Diese haben eine Petition beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereicht. Dem Iraner solle endlich der Flüchtlingsstatus zuerkannt und somit eine Abschiebung verhindert werden, fordern sie laut Welt.

Kirchenfunktionäre gegen akribische Richterfragen

Andere Kirchenfunktionäre fordern „religionssensible Befragung“ vor Gericht, weitere wettern gegen einen „Glaubens-TÜV“. Vorwürfe aus der Richterschaft, die Kirche taufe zu schnell und leichtfertig, seien ungerechtfertigt. Jeder Täufling habe zuvor einen dreimonatigen Glaubenskurs durchlaufen, sagt der Flüchtlingsbeauftragte der Lippischen Landeskirche, Superintendent Dieter Bökemeier. Möglicherweise liegt es an der relativ kurzen Dauer des Crash-Kurses, weshalb nur recht selten Muslime zum katholischen Glauben überlaufen. Dort dauern die Vorbereitungskurse nämlich bis zu einem Jahr.

Klartext redet der Präsident des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts, Andreas Heusch. Er wirft den Kirchen vor, zu häufig aus asyltaktischen Gründen zu taufen. Die Welt rechnet vor: Derzeit sind beim Düsseldorfer Verwaltungsgericht 8660 Asylverfahren anhängig. Fast jeder zehnte Kläger kommt aus dem Iran. Davon berufen sich etwa 70 Prozent auf einen Übertritt vom Islam zum Christentum. Die Erfolgsquote bei diesen Konvertiten liegt nach Auskunft des Gerichts gegenwärtig bei 15 bis 20 Prozent.

Muslimische Taktik der List

Auch Ali fällt durch den Rost, sein Asylantrag wird abgelehnt. Das Gericht glaubt seine Räuberpistole von Flucht und Verfolgung mit anschließender „identitätsstiftender Hinwendung“ zum Christentum nicht. „Sie haben das Gericht

belogen“, sagt Richter Müller.

Ali kann sich insgeheim immer noch auf die muslimische Taktik der List – Taqiyya – berufen. Danach sind Lüge, Wort- und Vertragsbruch und Betrug gegenüber Ungläubigen nicht verwerflich, keine Sünde, sondern zulässige bewundernswürdige List eines Muslims im Kampf gegen die Ungläubigen.